

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung, politischen Bildung und Gewaltprävention an Schulen

Richtlinie für die Förderung von Projekten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung, politische Bildung und Gewaltprävention an Schulen vom Fundstelle:

Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern
Jägerweg 2
19053 Schwerin

Telefon: 0385 / 30 20 910
E-Mail: poststelle@lpb.mv-regierung.de

1. Antragsteller

| |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Name (Schulträger, Verein, Institution): |
| Anschrift: |
| Auskunft erteilt (Name, Telefon, E-Mail): |
| Bankverbindung: Geldinstitut: Bankleitzahl: Kontonummer: IBAN: BIC: Weitere Angaben: |
| Sonstige Angaben: |

2. Angaben zum Vorhaben

Hiermit wird die Bewilligung einer Zuwendung für ein Projekt der Bildung für

- nachhaltige Entwicklung,
- Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung,
- politische Bildung,
- Gewaltprävention an Schulen in Höhe von

..... EURO

beantragt. (zutreffendes bitte ankreuzen)

Projektbezeichnung:

Dem Antrag ist eine detaillierte Projektbeschreibung separat beizulegen.
Der Projektantrag muss folgende Angaben enthalten:

- Programm und Ziel der Maßnahme
- geplante Zielgruppe
- Teilnehmerzahlen
- Veranstaltungsort
- Referentendaten

Gegebenfalls sind folgende Bescheinigungen beizulegen:

Kopie des Auszuges aus dem Vereinsregisters, Kopie der Satzung und der Gemeinnützigkeitsbescheinigung, Nachweise über die fachspezifische Qualifikation der Projektbetreuer/ Referenten

Beantragter Projektzeitraum (Bewilligungszeitraum einschließlich Vor- und Nachbereitungszeit der Maßnahme):

Von bis

Gesamtausgaben*.....Euro

Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz ja nein

*Wenn der Antragssteller für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Ausgaben ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Der Finanzierungsplan der Maßnahme stellt sich wie folgt dar:

Aufstellung aller im Projekt anfallenden Ausgaben:

Personalausgaben

| | | |
|------------|--|-----|
| Gesamt: | | EUR |
| davon für: | | |
| | | EUR |

Sachausgaben

| | | |
|------------|--|-----|
| Gesamt: | | EUR |
| davon für: | | |
| | | |
| | | |
| | | |

Gesamtausgaben

| | |
|--|--|
| | |
|--|--|

Aufstellung der beabsichtigten Finanzierung:

Eigenanteil / Einnahmen

| | |
|--|-----|
| | EUR |
|--|-----|

Mittel Dritter

| | |
|--|-----|
| | EUR |
|--|-----|

Öffentliche Zuwendungen

| | |
|--|-----|
| | EUR |
| | EUR |
| | EUR |

Gesamtfinanzierung

| | |
|--|--|
| | |
|--|--|

Den Angaben sind begründende Unterlagen (z. B. Angebote, Verträge, Kontoauszüge, Bescheide in Kopie beizufügen.

3. Ergänzende Angaben

Hiermit wird versichert, dass durch die Realisierung des Vorhabens keine Folgekosten entstehen, die durch das Land Mecklenburg-Vorpommern getragen werden müssen.

Die Notwendigkeit der aufgeführten Ansätze zur Vorhabenrealisierung sowie die

Ermittlung der Ansätze nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden hiermit bestätigt.

Die vorstehenden Angaben sind richtig und vollständig. Die Kenntnis der vorgenannten Richtlinie und der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) wird bestätigt.

Es wird erklärt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen und auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen wird. ggf. wird ein vorzeitiger Maßnahmebeginn beantragt.

- Anlagen:
1. Beschreibung der geplanten Maßnahme
 2. Finanzierungsplan
 3. ggf. Angebote gem. der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL)

.....

.....
Ort, Datum

.....
Rechtsverbindliche Unterschrift